

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 15. Juni 2019

Inhalt:

- › **Gewährleistung der Strom-Versorgungssicherheit im Auge behalten** Von Dr. Bernhard Scholl (S. 1)
- › **Die Jungfreisinnigen setzen sich für politische Neutralität an Aargauer Schulen ein** Von Michael Umbricht (S. 2)
- › **Von den Herausforderungen, wenn man ein Schuljahr streicht** Von Christine Keller Sallenbach (S. 3)
- › **Konstruktive Diskussionen und gemütliches Beisammensein: Foto-Impressionen Böttsteiner Tagung 2019** (S. 4)

Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Auge behalten Interpellation mit Fragen zu Stromversorgung und Netzstabilität

Dr. Bernhard Scholl, Grossrat, Möhlin
bernhard.scholl@grossrat.ag.ch



Der Klimawandel ist das Topthema der Medien. Dabei geht die sichere Versorgung mit Strom fast gänzlich unter. Die langfristige Ausrichtung der Energiepolitik des Kantons und einzelne Strategien sind im Planungsbericht energieAARGAU aufgezeigt. Die vier Hauptausrichtungen sind: Energieverbrauch senken, Stromverbrauch senken, erneuerbare Stromproduktion ausbauen, Versorgungssicherheit und sichere Energieversorgung beibehalten. Das letzte Ziel ist nach heutigem Stand mittelfristig nicht mehr gewährleistet oder zumindest akut gefährdet.

Es ist heute nicht absehbar, ob und wann die Schweiz mit der EU ein Stromabkommen abschliessen kann. Eine der politischen Voraussetzungen ist dabei das fehlende Rahmenabkommen. Wegen des Fehlens des Abkommens hat die EU verschiedene Massnahmen ergriffen, um Druck auf die Schweiz auszuüben. Dabei wird die Schweiz von den Marktmechanismen ausgeschlossen, die im Rahmen der Umsetzung des 3. EU-Richtlinienpakets eingeführt werden. Das fehlende Stromabkommen führt zu einem schleichenden Ausschluss der Schweiz aus wichtigen europäischen Prozessen.

Drohende Netzüberlastungen

Deshalb werden mittelfristig die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit gefährdet. Swissgrid ist bereits heute gezwungen auf verschiedenen Ebenen und zeitlich gestuft, Massnahmen zur Beherrschung der schwieriger werdenden Situationen zu ergreifen. Technische Folgen, wie ungeplante Stromflüsse über das Schweizer Netz sind bereits heute zu beobachten. Das beeinflusst die Netzstabilität negativ. Swissgrid muss tagtäglich grössere technische Herausforderungen meistern wie am 20. Mai 2019. Die Schweiz war plötzlich mit

deutlich erhöhten Stromflüssen an ihrer Nordgrenze konfrontiert. Das Netz drohte zu überlasten. Eine Überlast hätte zu grossflächigen Netzabschaltungen geführt. Der Strom sucht sich den kürzesten Weg vom Produzenten zum Verbraucher. Ohne beidseitig akzeptierte Marktmechanismen ist die Schweiz in einer schwierigen Lage.

Wenig Handlungsspielraum wegen EU-Gesetzgebung

Ein weiterer Punkt ist, dass die EU-Gesetzgebung immer weniger Spielraum zulässt zugunsten der Schweiz. Die Nachbarstaaten werden minutiös auf die Einhaltung europäischen Rechts verpflichtet. Die Solidarität mit der Schweiz hat da immer weniger Platz. Mittelfristig erwartet Swissgrid eine Verringerung der Importfähigkeit von Strom und damit eine spürbare Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit. Das Stromabkommen ist Bundessache, aber auf Ebene Kanton Aargau ist das Ziel «Versorgungssicherheit und sichere Energieversorgung» gefährdet und womöglich mittelfristig nicht mehr gewährleistet.

Ich habe deshalb eine Interpellation eingereicht und den Regierungsrat gebeten, verschiedenen Fragen zu beantworten bezüglich sicherer Versorgung mit Strom heute und mittelfristig, sowie möglichen Massnahmen zur Sicherung der Netzstabilität.

Unsere Schulen müssen politisch neutral bleiben

Die Jungfreisinnigen setzten sich für politische Neutralität an Aargauer Schulen ein

Michael Umbricht, Finanzchef Jungfreisinnige Aargau, Untersiggenthal
michael@umbricht.net



Dass sich unsere Schulen neutral verhalten sollen, wird wohl von kaum jemandem bestritten. Den Schülerinnen und Schülern soll im Unterricht die Grundlage für eine eigene Meinungsbildung geboten werden. Dabei müssen verschiedene Ansichten und Argumente aufgezeigt werden. In der letzten Zeit häufen sich jedoch Vorfälle an Aargauer Schulen, welche die Neutralität verletzen oder dem zumindest sehr nahe kommen. Daher haben die Jungfreisinnigen nun interveniert.

Für uns Jungfreisinnige Aargau ist Bildung – im speziellen die politische Bildung – ein sehr wichtiges Thema. Eine gut ausgebildete Bevölkerung ist

gerade in einer direkten Demokratie wie der Schweiz von essenzieller Bedeutung. Um diesen Fakt weiter zu stärken haben wir Jungfreisinnigen Aargau im Jahr 2010 die Staatskunde-Initiative eingereicht. Der Regierungsrat hat als Reaktion mit der Einführung des Lehrplans 21 dann das Fach Politik neu geschaffen. Der Kanton Aargau übernimmt damit in der Schweiz eine Vorreiterrolle. Unser grosses Engagement für diesen Aspekt der Bildung hat sich bezahlt gemacht und wir konnten im vergangenen Sommer unsere Initiative offiziell zurückziehen.

Politik an Schulen

Es scheint so, als ob sich Jugendliche wieder vermehrt für politische Themen einsetzen. Diesen Trend spüren wir auch bei uns Jungfreisinnigen Aargau – was uns natürlich sehr freut! Gleichzeitig kam es in der letzten Zeit vermehrt zu politischen Aktionen, welche mit der Schule in Verbindung standen. Die viel diskutierten Klimastreiks, welche jeweils freitags während der Schulzeit stattfinden, sind sicherlich jedem bekannt. Ein weiteres Beispiel ereignete sich letzte Woche an der Kanti Baden. Sämtliche Schülerinnen und Schüler wurden durch einen offiziellen Mail-Verteiler angeschrieben. In diesem E-Mail wurde unter anderem dazu aufgerufen, sich an Aktionen des Frauenstreiks zu beteiligen. Man solle zudem die Lehrpersonen doch ebenfalls zum Mitmachen animieren, da dann jeweils die gesamte Klasse auf den Schulunterricht verzichten könne und eine Absenz umgangen würde. Im Anhang fand man ausserdem das Aargauer Manifest zum Frauenstreik – zur Identifikation mit diesem Manifest wurde dabei mehr oder weniger direkt aufgerufen.

Der Inhalt dieses Mails ist aus unserer Sicht ganz klar politischer Natur. Im mitgeschickten Manifest wird beispielsweise eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Tampons und Binden

von 7.7 auf 2.5 Prozent gefordert. Im vorliegenden Fall geht es uns nicht darum zu entscheiden, ob wir diese Forderung unterstützen oder ablehnen. Wir stellen lediglich fest, dass es sich hierbei um eine politische Forderung handelt. Diese und weitere politische Forderungen wurden zusammen mit dem Aufruf von einem offiziellen Mail-Verteiler der Schule verschickt. Für uns ist damit klar die politische Neutralität der Schule verletzt, da eine Schule laut dem Aargauer Schulgesetz keine politischen Forderungen unterstützen darf.

Unsere Forderungen

Als Reaktion auf die sich häufenden Vorfälle haben wir Jungfreisinnigen uns in einem offenen Brief an Regierungsrat Alex Hürzeler gewandt. Wir forderten ihn darin dazu auf, etwas gegen die bereits seit längerem anhaltende Entwicklung zu unternehmen. Wir appellierten an ihn, die Neutralität unserer Schulen nicht aufs Spiel zu setzen und geltendes Recht durchzusetzen. Wichtig für uns zu bemerken ist dabei die Gleichbehandlung aller politischer Richtungen.

Das Departement Bildung, Kultur und Sport und deren Vorsteher Regierungsrat Alex Hürzeler haben uns auf den offenen Brief geantwortet. Im beschriebenen Fall sieht das BKS keine Verletzung der politischen Neutralität. Die Verknüpfung mit den Jokertagen und der Aufruf, die Lehrpersonen aus diesem Grund zum Mitmachen zu animieren, ist aus Sicht des BKS jedoch nicht angemessen. Damit sieht zumindest das BKS im vorliegenden Fall keine Widerrechtlichkeit, hält die Aktion zumindest in Teilen aber trotzdem für kritisch. Für uns ergibt sich daraus ein gewisser Graubereich, welcher unserer Meinung nach nicht zu stark ausgereizt werden darf.

Wir bleiben weiter dran!

Als Jungpartei liegt uns eine gute und neutrale Bildung besonders am Herzen. Wir verstehen dies auch als eines unserer Kernanliegen. Wir werden daher auch weiterhin ein Auge auf solche Aktionen an Aargauer Schulen werfen. Für die Neutralität unserer Schulen einzustehen ist ein stetiger Prozess und wir sind bereit diesen grundlegenden Wert zu verteidigen!

Von den Herausforderungen, wenn man ein Schuljahr streicht

Rückblick Sommertagung Böttstein 2019 zum Thema «Matura in 12 Jahren»

Christine Keller Sallenbach, Grossrätin, Leiterin Ressort Bildung, Kultur und Sport FDP Aargau, Zufikon
christine_keller@gmx.ch



Über 50 Personen fanden sich am 4. Juni 2019 zum Thema «Verkürzung der Schuldauer auf 12 Jahre bis zur Matur» zur jährlichen Böttstein Tagung ein. Die Ausgangslage und mögliche Modelle, wie man auch im Kanton Aargau zur Matur in 12 Jahren kommen könnte wurde vom Generalsekretär des Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), Michael Umbricht, präsentiert.

Im Kanton Aargau dauert die Schulzeit bis zur gymnasialen Matur heute 13 Jahre (6 Primar + 3 Sek I + 4 Gymnasium = 13 Jahre). In einer Mehrheit der Kantone kann die gymnasiale Matur auch in 12 Jahren erreicht werden. Es gibt dabei verschiedenen mögliche Wege. Voraussetzung ist, dass die gymnasiale Bildung vier Jahre dauert, dies wird vom nationalen Maturitäts-Anerkennungs-Reglement (MAR) so verlangt. Drei Modelle für die besonders schnellen Schülerinnen und Schüler wurden kurz skizziert: Übertritt nach der 8. Klassen der Bezirksschule in die Kantonsschule. Übertritt am Ende der 5. Klasse in die Bezirksschule. Oder die Einführung eines Langgymnasiums ab der 7. Klasse – dies würde zwingend Oberstufenreform bedingen.

Verkürzung mit weitreichenden Folgen

Eine Verkürzung hätte einschneidende finanzielle und organisatorische Konsequenzen. So müsste im Übergang vom bisherigen zum verkürzten System während vier Jahren ein doppelter Maturjahrgange an allen Schulen geführt werden, dies benötigte mehr Schulraum und mehr qualifizierte Lehrpersonen. Auch im Studium während vier bis sechs Jahren müsste der Kanton Aargau die doppelten Studienplätze für seine Studierenden finanzieren (Interkantonale Universitätsvereinbarung). Michael Umbricht machte klar, dass die ur-

sprünglich als Reformvorhaben zur Sanierung des Haushaltes angedachte Reform nicht als Sparvorlage betrachtet werden kann.

Auch gute Lehrlinge sind gefragt

In der anschliessenden Diskussionsrunde äusserte Michael Zehnder, Stellvertretender Geschäftsführer und Verantwortlicher Aus- und Weiterbildung der Birchmeier Gruppe, Bedenken bezüglich Beschleunigung an. Die Ausbildungsbetriebe hätten schon heute Mühe, genug qualifizierte Lernende zu finden. Könnte man die Matur künftig in zwei Tempi anstreben, wäre die Gefahr gross, dass die Maturaquote steigen und sich die Situation in der Berufsbildung weiter verschärfen würde. Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), welche sowohl Berufmaturanden als auch Studierende mit gymnasialer Matur aufnimmt, setzte sich vehement für eine Beibehaltung der 13 Jahre bis zur gymnasialen Matur ein. Eine Verkürzung würde die Kantonsschulen gegenüber der Berufslehre stärken. Der Aargau brauche aber gute Lernende, so Crispino Bergamaschi.

Die Stimmen aus dem Publikum gingen eher in eine andere Richtung. Wieso sollte es der Kanton den sehr guten Schülerinnen und Schüler nicht ermöglichen, die Matur auch in 12 Jahren zu erlange, wie dies in den meisten Kantonen schon möglich ist. Voraussichtlich Anfang 2020 wird der Regierungsrat einen Planungsbericht zur Verkürzung der Schuldauer bis zur Matur verabschieden. Die Diskussion wird dann weitergehen.

Redaktion und Versand INSIDE:

Stefan Huwyler, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau
E-Mail: info@fdp-ag.ch

Konstruktive Diskussionen und gemütliches Beisammensein

Foto-Impressionen Böttsteiner Tagung 2019



Fotos: HS